

Von Kathrin Drinkuth, dpa

Ein Gymnasium trägt seinen Namen. Die Veranstaltungshalle ebenfalls. Außerdem ein Museum über Luftschiffe und die private Hochschule in der Stadt. Ferdinand Graf von Zeppelin ist in Friedrichshafen am Bodensee allgegenwärtig. Der Luftschiffpionier und die Kommune seien untrennbar miteinander verbunden, sagt eine Sprecherin im Rathaus. „Der Name Zeppelin ist in dieser Stadt fest verankert, im Alltag wie im sozialen und kulturellen Leben.“ Friedrichshafen verfügt über ein wertvolles Erbe des Grafen: eine millionenschwere Stiftung, mit deren Hilfe zahlreiche Projekte und Einrichtungen gefördert werden. Am 8. März feiert die Kommune den 100. Todestag des Luftschiff-Entwicklers.

Karriere Geboren wird Graf Ferdinand von Zeppelin 1838 auf der anderen Seeseite, in Konstanz. Er macht zunächst beim Militär Karriere. Als er jedoch den starken Einfluss Preußens im Militär kritisiert, eckt er bei seinen Vorgesetzten an. Im Alter von 52 Jahren geht er in den Ruhestand. Damit bekommt Zeppelin jedoch die Freiheit, seiner Leidenschaft nachzugehen. Er baut ein lenkbares Luftschiff.

Um sich diesen Wunsch zu erfüllen, sammelt er Geld und Mitstreiter, gründet die „Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt“ und errichtet eine schwimmende Bauhalle am Bodensee. Im Jahr 1900 verlässt das erste Luftschiff LZ 1 die Werft. „Tausende von Zuschauern säumten das Ufer des Bodensees, aber die Freude am Erfolg war nur von kurzer Dauer“, berichtet der amerikanische Autor John Provan in seiner 2009 erschienenen Biografie über Zeppelin. Unter anderem wegen Motorproblemen muss das Luftschiff nach nur 18 Minuten in Immenstaad am Bodensee notlanden.

Die Luftschiffe beeindruckten zwar Gesellschaft, Politik und Wirtschaft – aber der große Erfolg bleibt zunächst aus. Das ändert sich ausgerechnet durch das Unglück von Echterdingen: Am 5. August 1908 wird der LZ 4 bei einer Notlandung von einer Windböe erfasst und über die Bäume getrieben. Zehntausende Schaulustige beobachten, wie der Zeppelin in Flammen aufgeht, zu Bo-



Mit einer mannshohen Statue gedenkt die Stadt Friedrichshafen Ferdinand Graf von Zeppelin. Foto: dpa

Das Ringen um Zeppelins Erbe

FRIEDRICHSHAFEN
100. Todestag von Ferdinand Graf von Zeppelin am 8. März – Heftiger Streit um die Stiftung des Luftschiffpioniers

den kracht und vollständig ausbrennt. Zwei Mechaniker werden schwer verletzt, von dem riesigen Luftschiff bleiben lediglich verbogene Aluminiumstangen übrig.

Solidarität Doch die Tragödie lässt eine Welle der Solidarität mit dem Grafen durch Deutschland gehen, innerhalb kurzer Zeit kommen mehr als sechs Millionen Goldmark zusammen. Mit dem gespendeten Geld gründet Zeppelin eine Stiftung, die die Luftfahrt fördern soll, und startet noch einmal richtig durch. In den folgenden Jahren sind seine Luftschiffe in Rom, Afrika, in den USA und in der Arktis unterwegs.

Ab 1931 habe es sogar regelmäßige Flüge zwischen Friedrichshafen und Rio de Janeiro gegeben, heißt es beim Zeppelin-Archiv der Stadt. Das

erlebt Zeppelin – ebenso wie die Katastrophe des LZ Hindenburgs im amerikanischen Lakehurst – aber nicht mehr. Er stirbt am 8. März 1917 nach einer Operation in Berlin.

100 Jahre danach ist um das Erbe des Luftschiffpioniers ein Zwist entbrannt: Der Urenkel Albrecht Graf von Brandenstein-Zeppelin macht der Stadt Friedrichshafen die millionenschwere Stiftung streitig. Denn die 1908 von Zeppelin gegründete Stiftung wurde 1947 auf Drängen der französischen Besatzungsmacht aufgelöst. Der Stadt wurde die Verwaltung des Vermögens übertragen. Brandenstein-Zeppelin hält das für rechtswidrig. Für Friedrichshafen geht es bei dem Streit nicht nur ums Image: Das Haushaltsvolumen der Stiftung beträgt rund 50 Millionen Euro jährlich. Zu-

dem ist sie Hauptaktionär der ZF Friedrichshafen, hinzu kommen Liegenschaften sowie Rücklagen in Höhe von rund 130 Millionen Euro. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen muss nun entscheiden.

Mitentscheiden

Es gehe ihm nicht darum, der Stadt das Vermögen streitig zu machen, sagt Albrecht Brandenstein-Zeppelin. Er habe Interesse daran, mitzuentcheiden, was mit den Geldern passiert. „Ich bin nicht der Böse. Ich versuche, die Dinge wieder ins Lot zu bringen.“ Er findet: „Unsere Urgroßväter haben nicht gesagt: ‚Wir spenden dem Graf Zeppelin etwas, damit Friedrichshafen später Schwimmbäder bauen kann.‘“ dpa

Erfolge durch Aktion „Gelbe Karte“

STUTT GART Die Androhung eines Führerscheinentzugs bei aggressivem Verhalten oder Alkoholmissbrauch hat sich dem Verkehrsministerium zufolge in Baden-Württemberg bewährt. Die Aktion „Gelbe Karte“ war vor mehreren Jahren als Modellprojekt in einigen Kreisen eingeführt worden. Eine Evaluierung habe ergeben, dass das Projekt erfolgreich laufe, sagte ein Sprecher gestern und bestätigte einen Bericht der „Stuttgarter Nachrichten“. Das Verkehrsministerium habe die Behörden, die bislang nicht teilnahmen, gebeten, die Aktion nun ebenfalls umzusetzen.

Primär richtet sich die Maßnahme an junge Erwachsene, die kurz vor dem Führerschein stehen. Fallen sie beispielsweise durch Randalen, Trunkenheit oder Gewalt auf, werden sie angeschrieben und darauf hingewiesen, dass sie im Wiederholungsfall mit Folgen zu rechnen haben – etwa beim Erwerb der Fahrerlaubnis oder die Teilnahme an einer medizinisch-psychologischen Untersuchung angedroht werden („Idiotentest“). Nach Angaben des Verkehrsministeriums ist die Quote derer, die nach einer „Gelben Karte“ noch einmal auffallen, niedrig. Konkrete Zahlen nannte das Ministerium allerdings nicht. dpa

Kurz notiert

Weniger Einbrüche

STUTT GART Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Baden-Württemberg ist 2016 erneut zurückgegangen. Ein Sprecher des Innenministeriums in Stuttgart erklärte auf Anfrage der *Heilbronner Stimme*: „Aktuell deutet viel darauf hin, dass sich der positive Trend mit Blick auf die rückläufigen Fallzahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl“ fortsetze. Das Innenministerium rechne auch für das Jahr 2016 „landesweit mit einem weiteren Rückgang im einstelligen Prozentbereich“. dl

Neuer Weihbischof

ROTTENBURG Matthäus Karrer (48), Domkapitular und Leiter der Hauptabteilung Pastorale Konzeption im Bischöflichen Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, ist neuer Weihbischof in der württembergischen Diözese. Karrer löst Johannes Kreidler (70) ab, der seit 1991 Weihbischof und von 2004 bis 2016 Domdekan war. Papst Franziskus nahm das Rücktrittsgesuch Kreidlers zeitgleich mit der Ernennung Karrers an. Als Seelsorger mit Realitätssinn, einer Theologie mit Bodenhaftung würdigte Bischof Fürst den neu ernannten Weihbischof. Seit 2011 leitet Karrer die Hauptabteilung Pastorale Konzeption, was er auch als Weihbischof tun wird. red

Abel führt Julis

FRIEDRICHSHAFEN Auf ihrem 71. Landeskongress in Friedrichshafen haben die Jungen Liberalen (Julis) Baden-Württemberg Valentin Christian Abel (Kreisverband Hohenlohe) mit 84 Prozent zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er kandidiert im Wahlkreis Schwäbisch Hall/Hohenlohe für den Bundestag. „Die Julis bieten vielen motivierten und engagierten jungen Menschen eine politische Heimat. Unser Ziel ist es, noch viele mehr dazu einzuladen“, so Abel. dpa

Ermittlungen eingestellt

PHILIPPSBURG Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat ihre Ermittlungen gegen zwei Ex-Kontrollure des Atomkraftwerks Philippsburg eingestellt. Sie sollen Kontrollen zwar protokolliert, teilweise aber nicht durchgeführt haben. 2016 war bekanntgeworden, dass Mitarbeiter eines externen Dienstleisters Prüfprotokolle gefälscht haben sollen. Die Staatsanwaltschaft begründete ihre Entscheidung mit geringer Schuld, wie die „Badischen Neuesten Nachrichten“ berichteten. dpa

Streit um Kosten der AfD-Fraktionsspaltung

STUTT GART Die Steuerzahler haben nach Darstellung der AfD-Fraktion von deren Spaltung im vergangenen Jahr profitiert. Die Arbeit von AfD und der von ihr einige Monate abgespaltenen Alternative für Baden-Württemberg (ABW) sei um rund 425.000 Euro billiger gewesen, als wenn die Fraktion sich nicht getrennt hätte, sagte Fraktionsvize Rainer Podeswa gestern in Stuttgart. Während der Trennungsphase seien aus Vorsicht Ausgaben nicht

getätigt worden, auf die man einen Rechtsanspruch gehabt habe. Die nicht abgerufenen Mittel müssen allerdings zwingend zurückgegeben werden.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke nannte die Angaben der AfD „schlicht eine Unverschämtheit“. Offenbar habe die ABW auf das Personal der AfD-Fraktion zurückgegriffen und damit Mittel gespart. „Es jetzt als ehrenwert darzustellen, nicht so abgeräumt zu haben wie

möglich, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten.“

Fraktionschef Jörg Meuthen wies Anschuldigungen aus FDP- und SPD-Fraktion zurück, er habe Anfang Februar die Unwahrheit über Rückzahlungen seiner Fraktion gesagt. Bis zum 11. März werde die Gesamtsumme von 570.000 Euro zurückgezahlt sein, die durch die Spaltung verursacht wurde. Die etablierten Parteien sollten sich jehlicher Kritik enthalten. dpa

AOK für Arznei-Versandhandel

STUTT GART AOK-Landeschef Christopher Hermann tritt Befürchtungen entgegen, Apotheken in Deutschland seien durch den Online-Handel in ihrer Existenz gefährdet. „Wenn die Apotheken ihre umfassende Beratungsfunktion für den Patienten in den Mittelpunkt stellen, werden sie ohne Probleme überleben“, sagte Hermann. Das von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) geplante Gesetz zum generellen Verbot des Versandhan-

dels mit rezeptpflichtigen Mitteln hält Hermann für nicht sinnvoll. „Das ist nichts anderes als ein Kniefall vor der Apothekerlobby vor der Bundestagswahl und hat mit Versorgungssicherheit nichts zu tun.“

Der Versandhandel sei da vernünftig, wo Patienten nicht fort dauernd Beratung bräuchten, etwa gut eingestellte chronisch Kranke. „Das funktioniert seit 13 Jahren.“ Vor allem auf dem Land sei diese Versorgung unverzichtbar. dpa

„Nahrungsmittel dürften durchaus teurer sein“

Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Ko-Präsident des Club of Rome, ist Gastredner auf einem Landwirtschaftskongress in Schwäbisch Hall

HEILBRONN. Mehr Rechte für die Kleinbauern – das ist das Thema eines Kongresses, zu dem sich Vertreter der Landwirtschaft, Politiker und Menschenrechtler von diesem Dienstag an bis zum 10. März in Schwäbisch Hall versammeln. Einer der Redner auf dem Global Peasants' Rights Congress ist Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ko-Präsident des Club of Rome. Im Gespräch mit der *Heilbronner Stimme* betont der Wissenschaftler, wie wichtig der Ausbau der Ökolandwirtschaft ist. „Leider geht es aber mit der Branche nur in wohlhabenderen Ländern aufwärts“, sagt von Weizsäcker.

Biolebensmittel seien gut für die Verbraucher und gut für die Lebensmittelketten, erklärt er, aber weniger gut für die Landwirte, die unter sinkenden Abnahmepreisen wegen des Booms zu leiden hätten. In Entwicklungsländern sei die Landwirtschaft meist ebenfalls „Bio“ – „weil

sich die armen Bauern die Chemie nicht leisten können“. Die großen Chemiekonzerne versuchten allerdings, auch dort die Märkte zu erobern. Eine Entwicklung, die von Weizsäcker nachdenklich stimmt.

Lebensmittel dürften generell durchaus teurer sein, insbesondere in wohlhabenderen Ländern, findet von Weizsäcker. Heute würden deutlich mehr Lebensmittel produziert, als konsumiert würden, allerdings sei die Verteilung nicht gerecht, da es trotzdem überall auf der Welt Hungersnöte gebe. Neben der viel zu hohen Wegwerfquote sieht von Weizsäcker noch andere Probleme: Die industrielle Landwirtschaft sei einer der größten Umweltverbraucher schlechthin. Die kleinen, indigenen Landwirtschaftsbetriebe in Entwicklungsländern trügen am Landverbrauch die geringste Schuld. Von Weizsäcker zeichnet ein besorgniserregendes Bild: Die



Ernst Ulrich von Weizsäcker plädiert für Landwirtschaft ohne Chemie Foto: dpa

biologische Vielfalt sei dramatisch gefährdet, die Stabilität des Klimas könne nicht mehr garantiert werden, und es gebe viel zu viel Stickstoff in der Umwelt. Ein weiteres Problem aus seiner Sicht: der Feinstaub. Von Weizsäcker: „Fahrverbo-

te sind schon ein relativ drastisches Mittel. Aber man muss auch an die Verbrennungsvorgänge herangehen. Offenes Kaminfeuer mag zwar gemächlich sein, aber ist es sehr luftbelastend. Da brauchen wir ein Umdenken.“ Bedenklich findet der For-

Zur Person

Ernst Ulrich Michael Freiherr von Weizsäcker, geboren 1939 in Zürich, ist Naturwissenschaftler und Politiker (SPD). 1998 bis 2005 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2012 ist er Ko-Präsident des Club of Rome („Die Grenzen des Wachstums“). Er ist der Sohn des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, Bruder des Wirtschaftswissenschaftlers Carl Christian von Weizsäcker und Neffe des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. dl

schers auch den Umstieg auf Elektroautos. „Das ist auch nicht gut für die Umwelt, denn der Strom kommt immer noch zu erheblichen Teilen aus Braunkohle und Kernenergie. Ein sauberes Hybridauto zu fahren ist deshalb tendenziell besser als ein reines Elektroauto.“ Kritisch sieht von Weizsäcker auch, dass die EU-Kommission die staatliche Finanzierung zweier neuer Reaktoren im ungarischen Kernkraftwerk Paks unter Auflagen gebilligt hat. Er sagte der *Stimme*: „Ohne Subventionen wird heute kein Atomkraftwerk mehr gebaut, weil es schlicht unrentabel ist. Es ist ein Betriebsunfall der EU, dass sie so etwas in Ungarn unterstützt. Vielleicht will man ja die Stimmung von Herrn Orban etwas aufbessern. Energiepolitisch ist es jedenfalls nicht zu rechtfertigen.“ dl

📧 **Weitere Informationen:** www.global-peasants-rights.com